

Kritikos, Alexander S.

Article

Klientelpolitik statt ordnungspolitischer Kompass: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander S. (2010) : Klientelpolitik statt ordnungspolitischer Kompass: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 12, pp. 16-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151936>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klientelpolitik statt ordnungspolitischer Kompass

von Alexander Kritikos*

„Gegen die fatale Wirkung der aktuellen Wirtschaftskrise helfen keine komplizierten Einzelmaßnahmen“, waren die treffenden Worte aus Reihen der FDP im August 2009 zur Abwrackprämie. Da war die Partei noch in der Opposition. Vielmehr, so ihr Programm, „braucht unser Land anstatt Aktionismus einen ordnungspolitischen Kompass“. Keine vier Monate später folgte dann das dritte Konjunkturpaket in Koalition mit der Union. Es sieht unter anderem vor, dass Hoteliers für Übernachtungen nur noch 7 statt 19 Prozent Umsatzsteuer entrichten müssen. Zusatzleistungen wie Frühstück unterliegen weiterhin dem höheren Steuersatz. Der ordnungspolitische Kompass der FDP scheint in klientelpolitische Magnetfelder geraten zu sein. Unter der neuen Regierung werden nun Hotelbesitzer anstelle der Autoindustrie gefördert. Die Kritik am jüngsten Beschluss geht aber erheblich weiter:

Erstens ist diese Entscheidung erneut eine aktionistische Einzelmaßnahme. Zweitens: Im Unterschied zur Abwrackprämie, die bei aller berechtigten Kritik immerhin ein klar definiertes Ende hatte, läuft dieses Privileg auf unbestimmte Zeit und wird mit der wenig überzeugenden Begründung einer notwendig gewordenen Anpassung an internationalen Wettbewerb gerechtfertigt. Drittens ist dieses Gesetz neben seiner zweifelhaften Wachstumswirkung auch noch weitaus komplizierter als die Abwrackprämie. Hotelrechnungen mit zwei geteilten Steuersätzen bedeuten zusätzliche Bürokratie nicht nur bei der Verbuchung für Unternehmen und bei der Überprüfung durch die Finanzämter. Bis vor kurzem führte die Maßnahme auch noch zu Mehraufwand in der Lohnsteuerberechnung, da Frühstückskosten eher oberhalb des steuerlich anerkannten Freibetrags liegen. Die für die Arbeitnehmer schmerzlichen Lohnsteuerlichen Folgen sind dieser Tage durch die Einführung sogenannter *Business Packages* vom Finanzministerium großzügig geglättet worden.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht bleibt dagegen ungeklärt, wer durch diese Steuersenkung tatsächlich entlastet wird und ob die bürokratischen Mehrkosten der Maßnahme in den Unternehmen und Finanzämtern die eingesparte Mehrwertsteuer übersteigen werden, so es bei den Kunden überhaupt zu einer Kostenentlastung kommt. Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, was passieren muss, damit die Ausrichtung des ordnungspolitischen Kompasses nicht in Vergessenheit gerät, sobald eine Partei von der Opposition in die Regierung wechselt. Denn anstatt nun, wie gar von Teilen der FDP und Union gefordert, das Privileg zu stoppen, beharrt die neue Regierung auf diesem Aktionismus. Dem ordnungspolitischen Kompass folgend sollte das bürokratische Ungetüm nicht stückweise nachgebessert, sondern zurückgenommen werden. Von einer *geistig politischen Wende* erhofft man sich eher ein umfassendes Steuerkonzept anstatt klientelpolitischer Einzelmaßnahmen.

* Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Alexander Eickelpasch
Peter Haan

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.